STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER FB 8 / Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Liegenschaften

Sitzungsvorlage

Datum: 18.11.2005 Drucksache Nr.: **05/0472**

öffentlich

Beratungsfolge: Wirtschaftsförderungs- und Lie- Sitzungstermin: 22.11.2005

genschaftsausschuss

Betreff:

Hinzuziehung von Sachkundigen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Sankt Augustin mbH zu Beratungen einzelner Tagesordnungspunkten des Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsausschusses des Rates der Stadt Sankt Augustin

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsausschuss beschließt gemäß § 58 Abs. 3 GO NW, bei Bedarf in Einzelfällen auf den Sachverstand von Bediensteten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Sankt Augustin mbH zurückzugreifen und diese auch zu Beratungen hinzuziehen, die in öffentlicher oder nicht öffentlicher Sitzung stattfinden.

Problembeschreibung/Begründung:

Der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft sind verschiedene Grundstücke in die Verfügungsgewalt übergeben worden, zuletzt mit Vertrag vom 16.08.2005 (siehe Mittellung der Verwaltung aus der letzten Sitzung des Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsausschusses am 06.09.2005).

Für die Praxis bedeutet dies, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft die Ansiedelungs- oder Grundstücksverhandlungen führt bis hin zum Entwurf notarieller Kaufverträge. Auch werden die Verhandlungsergebnisse als Entwürfe zu Sitzungsvorlagen vorformuliert, die dann in das bei der Verwaltung geführte Programm des Sitzungsdienstes (KSD-Programm) übernommen werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt war u.U. kein einziger Mitarbeiter der Verwaltung mit der Angelegenheit betraut.

Beraten und verhandelt wird über die Angelegenheit im Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsausschuss. Zur Aufklärung bzw. Erläuterung weiterer Sachverhalte sowie zur Beantwortung von Fragen hält es die Verwaltung für notwendig, sich in den Sitzungen des Sachverstandes der Verhandelnden, hier der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, zu bedienen.

Diese Möglichkeit lässt die Gemeindeordnung ausdrücklich zu. Nach § 58 Abs. 3 GO NW können Ausschüsse Vertreter derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von ihrer Entscheidung vorwiegend betroffen werden und Sachverständige zu den Beratungen hinzuziehen. Die Hinzuziehung eines Sachverständigen erfordert regelmäßig einen entsprechenden Beschluss des Ausschusses in einer der Hinzuziehung vorausgehenden Sitzung.

Dies ist jedoch im operativen Grundstücksgeschäft nicht möglich, da oftmals kurzfristige Beschlüsse gefasst werden müssen, um einen Investor bzw. Grundstückseigentümer an dessen Entscheidung zu binden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, das grundsätzlich beschlossen wird, dass bei Bedarf in den Fällen, in denen die städtische Wirtschaftsförderung beim Zustandekommen einer Angelegenheit beteiligt war die zur Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss führt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Sachverständige zu den Beratungen hinzugezogen werden.

In Vertretung

Rainer Gleß Techn. Beigeordneter
Die Maßnahme hat finanzielle Auswirkungen x hat keine finanziellen Auswirkungen
Die Gesamtkosten belaufen sich auf Euro.
Sie stehen im Verw. Haushalt Vermög. Haushalt unter der Haushaltsstelle
zur Verfügung.
Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger
Ausgaben ist erforderlich.
Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt Euro, insgesamt sind Euro bereit-
zustellen. Davon im laufenden Haushaltsiahr Euro.